

Lösung der Zweifel des vorigen Herbstes herbeigeführt. Wir erkennen in allem was geschehen, und wie es zu Ende gebracht worden, eine höhere Führung. —

Andre vermeiden solch eine Darstellung und ziehen es vor, von der unbeugsamen Macht des Schicksals oder vom Geiste der Weltgeschichte zu reden, der über allen Völkern und ihren Bestrebungen waltet — das kommt aber, — abgesehen vom Geschmack und der Ueberzeugung — Alles auf ein und dasselbe hinaus. Es weist im Endergebnisse immer hin auf eine politische Nothwendigkeit in dem Leben der Völker, und diese Nothwendigkeit ist maßgebend für die Beurtheilung ihrer Geschichte.

Die Verfassung vom 5. Dezember 1848 ist nun ein Stück der Geschichte unsres Volkes — unsres Volkes, von welchem der König und sein Thun ein untrennbarer wesentlicher Theil ist — und wir meinen anerkennen zu müssen, daß die Ertheilung der Verfassung im Dezember v. J. Seitens des Königs eine politische Nothwendigkeit, und die Annahme dieser Verfassung Seitens des Volkes auch eine politische Nothwendigkeit gewesen. Die politische Lage unsres Staates, betrachtet für sich und als Kerntheil unsres weitern deutschen Vaterlandes, ist die Rechtfertigung der Ertheilung und der Annahme der Verfassung, und unser ganzes Volk in allen seinen Kreisen und Gemeinden, in allen seinen Berufsarten und mannigfachen Lebensverhältnissen, hat sich, abgesehen von zahlreichen Erklärungen, thatsächlich bekannt zu dieser Annahme, durch die in diesen Tagen mit der regsten Theilnahme vorgenommenen Wahlen zu den durch die Verfassungs-Urkunde in das Leben gerufenen Kammern der Volksvertreter.

So löst sich die Frage betreffs der Art der Verfassungsertheilung zu einer Harmonie unter der Krone und den Bürgern unsres Staates. Diese Uebereinstimmung kann nur für segensreich und mithin förderlich für die Freiheit und den Glor der strebsamen Bürger Preußens erkannt werden. Dies deshalb, weil uns für den Augenblick, nach dem offenbar transitorischen Artikel 108 der Verfassung, welcher dahin lautet:

die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelnen Gesetzen und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.

einerseits eine Gewähr gegeben ist, für einen derzeitig gesetzlich geregelten, und nach festen Schranken geordneten Volkszustand; und sodann, weil anderseits auch nach Artikel 112, welcher dahin lautet:

die gegenwärtige Verfassung soll sofort nach dem ersten Zusammentritt der Kammern einer Revision auf dem Wege der Gesetzgebung unterworfen werden,

uns das Recht verbrieft ist, durch unsere Volksvertreter auf constitutionellem Wege zur Beseitigung mancher im Verlaufe dieses Berichtes zu beregenden anscheinenden Mängel der Verfassung hinzuwirken.

Möge es noch vergönnt sein, den Wunsch, ja die feste Hoffnung auszusprechen, daß es unsern Volksvertretern gelingen möge, unerschüttert auf dem Boden wahrer Volksfreiheit zu stehen, und in fester Gesinnungstreue, sowohl den Rechtsbedürfnissen unsres Volkes zu genügen, als den innigen Bund zwischen dem Volke und seinem verfassungsmäßigen Könige unauflösbar zu machen. —

Die Kommission beantragt:

Der Bürgerverein wolle ausdrücklich anerkennen, daß die Krone nicht vom rohen Machtgelüste getrieben, sondern geleitet von der politischen Nothwendigkeit, und um den dringenden Forderungen des öffentlichen Wohles zu genügen, die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848 erteilt habe

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

§ **Paderborn**, 5. Februar. Bei der heute stattgehabten Wahl der Abgeordneten für die 2te Kammer wurden für Paderborn und dessen Wahlkreis

Herr Referendarius Löber von hier, und

Justiz-Rath Groneweg aus Gütersloh

gewählt. Beide Gewählte befanden sich derzeit noch in Untersuchungshaft in Münster.

§ **Berlin**, 1. Febr. Gestern Abend langte Rodbertus mit dem stettiner Bahnzuge hier an, um, einer Einladung gemäß, vor dem zweiten Wahlbezirk als Candidat zur zweiten Kammer aufzutreten. Derselbe wurde jedoch bereits heute früh um 5 Uhr angewiesen die Stadt sofort zu verlassen. Rodbertus begab sich, begleitet von dem Polizeipräsidenten v. Finkeldey, zu dem General v. Brangel, dieser ließ jedoch Letztern nicht vor. Auf Rodbertus Frage, ob man nöthigenfalls Gewalt gegen ihn anwenden würde, erhielt er eine bejahende Antwort. Gegen 12 Uhr Mittags reiste Rodbertus wieder nach Stettin zurück.

Berlin, 1. Febr. Die demokratische Partei ist bemüht, sich wieder ein Organ zu schaffen; es ist Herrn Professor Marx die Proposition gemacht worden, die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“ nach Berlin zu verlegen. Herr Marx will jedoch hierauf nicht eher eingehen, als bis auch in Berlin Geschworenen-Gerichte eingeführt sind. Unter den Wahlmännern der demokratischen Partei werden Beiträge für die Zeitungshalle gesammelt; man hofft durch neue Geldmittel diesem Blatte, das durch den Belagerungszustand den größten Theil seiner Abonnenten verloren hat, wieder aufzuhelfen.

Berlin, 31. Jan. Vor einer Versammlung in Villa Colonna nahm Hr. Geh. Rath Waldeck Veranlassung, auf Interpellation des Dr. Daun, sich über seine Stellung zum katholischen Clerus auszusprechen. Wer seiner und seiner Partei Wirksamkeit in der National-Versammlung aufmerksam gefolgt sei, werde über diese seine Stellung einer Aufklärung nicht bedürfen. Den Zehnten habe er der Geistlichkeit nur deshalb belassen wollen, weil häufig das gesammte Pfarreinkommen in dem Zehnten bestehe. Die Frage, ob er „ein geheimes Mandat“ von der kathol. Partei habe, wies er als „eine Beschuldigung“ mit Entrüstung zurück. Zur nähern Aufklärung theilte der Redner noch mit, daß ihm die katholische Partei das Vicepräsidium der Nationalversammlung angetragen und erst, nachdem er dies Anerbieten ausgeschlagen, Hr. Esser von Köln durchgesetzt habe. Eine vorläufige Abstimmung im 3ten Wahlbezirk ergab für Waldeck 213 unter 293 Stimmen; für Jacoby nur 75. Der 4. Bezirk will über Waldeck hinaus. Hier wird muthmaßlich Jacoby gewählt, ja man denkt an Marx (den Redakteur der N. Rhein. Ztg.), Dr. Gottschalk in Köln und an ähnliche Männer.

Berl. B. 3.

Frankfurt, 31. Jan. Die „Fr. D. B. A. Ztg.“ meldet, daß eine Deputation aus dem 3. hessischen Wahlbezirk ihrem Abgeordneten, dem Reichs-Minister-Präsidenten v. Gagern, eine von 147 Wahlmännern unterzeichnete Dank- und Vertrauens-Adresse überreicht hat. Eine Abschrift derselben wurde dem Präsidenten der National-Versammlung übergeben. Damit ist denn das Gerücht widerlegt, als hätte Hr. v. Gagern von seinen Wählern ein Mißtrauens-Votum erhalten.

Düsseldorf, 30. Jan. Die hiesigen Demokraten triumphiren; noch nie waren sie ihres Sieges so gewiß. Nicht nur in Düsseldorf gedenken sie diesmal ihre Triumphe zu feiern, auch für Elberfeld, Barmen und Langenberg wollen sie die Deputirten wählen. Durch ihre glänzenden Neben ihrer Volksfreiheit und Volksbeglückung hoffen sie die Wahlmänner von Elberfeld und Barmen zu berücken, oder wenn dies nicht gelingen sollte, Zwietracht in das Lager ihrer Gegner zu bringen. Um so mehr thut Einigkeit, festes entschiedenes Zusammenhalten noth. Was die Düsseldorfer Demokraten eigentlich wollen, kann nicht zweifelhaft sein. Sie haben von jeher sich der äußersten Linken in Frankfurt und Berlin angeschlossen und dem Wirken der letzteren Beifall zugejuchzt. Die schauderhaften Mordthaten in Frankfurt im September vorigen Jahrs fanden bei ihnen keinen Ausdruck des Tadel; im Volksclubb wurden sie vielmehr als Akte der Volksjustiz anerkannt. Wie wenig es ihnen um Wohlfahrt des Landes zu thun ist, zeigt der Hohn, mit welchem ihr Wortführer in Frankfurt die Rücksicht auf den gänzlichen Ruin der Ostseeprovinzen, der bei der dänischen Frage zur Sprache kam, zurückzuweisen suchte. Ihre Wortführer in Berlin gehörten zu den Patrioten, die dem Steuerverweigerungsbeschlusse beitraten und in Brandenburg nur noch einmal erschienen, um ihre Diäten in Empfang zu nehmen.

E. 3.

Wien, 28. Januar. Aus Italien die wichtige, auch von ministeriellen Blättern nicht mehr geläugnete Nachricht, daß die lombardisch-venetianischen Provinzen sich beinahe sämmtlich gewiegert, Abgeordnete nach Wien zu wählen, zum Behuf sich mit dem Ministerium über die künftige Gestaltung der Lombardei zu verständigen. Alles deutet auf einen gewaltsamen, wiederholten Versuch der Losreißung von Oesterreich und es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß die nach der Einnahme von Mailand stolz zurückgewiesenen Vermittelungen auf Grundlage des Minzio als Grenze noch einmal werden in Anspruch genommen werden müssen.

H. G.

× **Wien**, 31. Januar. In der vorgestrigen Reichstags-Sitzung zu Kremsier wurde die Berathung über §. 6. der Grundrechte, die Todesstrafe betreffend, fortgesetzt und beendet. Der ganze §. wurde in folgender Fassung angenommen: „Eine Strafe kann nur durch gerichtlichen Spruch nach einem zur Zeit der strafbaren Handlung schon bestandenen Gesetze verhängt werden.“

„Die Todesstrafe ist abgeschafft.“

„Die Strafen der öffentlichen Arbeit, der öffentlichen Ausstellung, der körperlichen Züchtigung, der Brandmarkung, des bürgerlichen Todes und der Vermögens-Einziehung dürfen nicht angewendet werden.“ —